

Als meine Kinderpost die Bundesrepublik bedrohte

Erinnerungen von Heinz Stehr

Landespolizei Schleswig-Holstein
Kriminalpolizeistelle Pinneberg

Pinneberg, d. 17. 8. 56

- 1. / 15 Exemplare Informations-
dienst
- 2. / 22 " Zeitungen
- 3. / 40 " wachensendung
- 4. / 1 Stempelkasten u. 1 Stempel
der Ortsgemeinde Pils.

wurden bei der Hausdurchs. der Frau
- St. H. Pils, Feldstr. 40, gefunden.
Stehr, H. S.



Heinz Stehr, geboren 1946, war von 1990 an einer der vier Sprecherinnen und Sprecher der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und von 1993 bis 2010 Bundesvorsitzender der Partei.

Stand: Juli 2024

Die 50er Jahre – Restauration und Antikommunismus

Der Lebenskosmos meiner Familie, der Stehrs, war die kleine Stadt Pinneberg in Holstein. „Oma und Opa ut de Möhlenstroot“, und selbst unser Uropa Karl Stehr väterlicherseits war geborene Pinneberger, der behauptete, halb Pinneberg die Schuhe besohlt zu haben. Auch mein Vater und seine Brüder wurden in Pinneberg geboren, sind dort aufgewachsen und haben dort gelebt. Meine Mutter war Tochter einer typisch belgischen Rucksackproletenfamilie. Sie kam 1942 aus Belgien zur Familie. Mein Opa in Belgien war Bergarbeiter in Frankreich, meine Oma und ihre vier Töchter bewirtschafteten in der flämischen Provinz Brabant einen kleinen Bauernhof.

Aus der Nachkriegszeit hinein in die 50er Jahre

Am 3. Dezember 1945 titelte das von der britischen Militärverwaltung herausgegebene Hamburger Nachrichten-Blatt: „Festnahme von 70 Führern der Schwerindustrie“. Das war nicht verwunderlich, denn in den 30er hatte die Finanzwelt unter dem Einfluss der deutschen Schwerindustrie von Männern wie Kirdorf, Thyssen und Krupp Hitler den Weg zur Macht geebnet. Schließlich waren die Interessen der deutschen Schwerindustrie und der NSDAP nicht mehr voneinander zu trennen. Aber gut 50 Jahre später, am 19.01.1996, wurde im Flensburger Tageblatt die damals einsetzende Entnazifizierung als „das grandiose Scheitern der politischen Säuberung“ bewertet.

Mein Vater schrieb dazu bereits in der „DKP-Information Pinneberg“ zum 40. Jahrestag der Befreiung: „Was ist aus diesen Nazis (Pinnebergs) geworden, die teilweise schwere Verbrechen auf sich geladen hatten? Sie sind alle als ehrwürdige Bürger gestorben oder leben noch heute. Der Obernazi Krömer hatte seinen Tischlereibetrieb auf seinen Schwiegersohn überschrieben. Dann saß er kurze Zeit für ‚seine Taten‘. In den 50er Jahren war er aber schon wieder Kreisinnungsmeister des Tischlerhandwerks...“

Einige hundert belastete Nazis mussten auf dem Quickborner Himmelmoor Torf für die Bevölkerung stechen. Ich selbst habe sie mit den Bussen der Fa. Reimers gefahren. Einige Jahre später fand ich sie alle in Amt und Würden wieder; so den späteren Pinneberger Bürgermeister Glissmann bis hin zu dem Nazi-Ministerrat Friedrichsdorf, nach 1945 Vorsitzender

des BHE/¹ und später Ehrenvorstandsmitglied der Pinneberger CDU.²

Und was erlebten wir noch in jener Zeit?

Wie erlebten wir als vierköpfige Familie die Wirtschaftswunderzeit in den 50er Jahren? Nach dem Faschismus sollte die Demokratie fest verankert werden. Eine wahrhaft spannende Zeit, die zu Unrecht immer noch kaum in Literatur, Filmen oder Ausstellungen dargestellt wird.

Exemplarisch für vieles in jener Zeit ist das Erlebnis meiner Mutter, einer aktiven Streiterin für Frieden, Antifaschismus, Solidarität und Völkerverständigung. Sie war zur Erkenntnis gelangt, dass eine sozialistische Zukunft für Deutschland das Richtige sei. Diese Auffassung teilte sie in dieser Zeit sogar mit Teilen der CDU, die in ihrem Ahlener Programm Sozialismus forderte, und mit der SPD, die zunächst nach 1945 den Sozialismus sofort forderte, sowie mit vielen anderen gesellschaftspolitisch Interessierten. Die KPD setzte sich für eine antifaschistisch demokratische Ordnung in Gesamtdeutschland ein.³

Saft Du schon einmal überlegt?

Wer brachte uns den Krieg und damit das Unglück?
Was hat uns dieser Krieg gekostet und was wird er uns noch kosten?
Wie ist unsere Lage gegenüber den anderen Völkern?
Sicher ist: Die uns den Faschismus und damit den Krieg brachten, tragen die Hauptschuld an allem Leid, an aller Not.
Wie kommen wir aus diesem Elend heraus?
Wie kann auch Deine Stadt, wie kann Deine Familie, Dein Leben eine neue, eine bessere Grundlage gewinnen?
Warte nicht auf Hilfe von aussen!
Schau auf die anderen Länder! Der Krieg hat ungeheure Not über die ganze Welt gebracht. Orientiere Dich in Deutschland und nehme teil an allem, was in Deinem Pinneberg geschieht!
Von Deiner Einsicht, von Deiner Tat hängt es ab, wie Deine Stadt morgen aussieht.
Du musst helfen, dass die besten Menschen, die nicht nur gute Fachleute sind, sondern auch gute Demokraten, gute Antifaschisten die leitenden Stellen besetzen.
Von Dir wird es abhängen, wer Bürgermeister und wer im Gemeinderat sein wird. Auf Deiner Entscheidung baut sich auf, wie morgen Deine Gemeinde und wie übermorgen Deutschland aussieht. Du hast das Recht, die fleissige Arbeit aller zu fordern, weil Du selbst mit aller Kraft am Aufbau hilfst.
Wir werden noch viel leisten müssen, um das Leben, die Wirtschaft, den Verkehr so aufzubauen, wie es unseren friedlichen Bedürfnissen entspricht. Eine friedliche Wirtschaft, ein friedliches Leben wollen wir aufbauen. Achte darauf, dass es auch in Deinem Orte geschieht.
Wähle die Gemeindevertreter, die am besten für den Aufbau arbeiten, die entschieden für den Fortschritt und den Frieden eintreten – denen die Arbeit nicht fremd und denen ein neues Deutschland der Arbeit und des Friedens nicht nur ein Lippenbekenntnis ist.

Kommunistische Partei Pinneberg
Auf der Rückseite finden Sie unsere Kandidaten für die Gemeindevahlen!

Die Kandidaten der KPD sind die kühnsten, die unbestechlichsten!

Schenkt diesen Frauen und Männern Euer Vertrauen!

¹ Der "Deutsche Wahlblock" aus CDU, FDP und DP gewann zusammen mit dem starken "Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) bei den Landtagswahlen 1950 die Mehrheit und bildete die Regierung unter Ministerpräsident Bartram, der bereits in seiner Regierungserklärung das Ende der Entnazifizierung verkündete.

² Siehe Anlage: "Pinneberger DKP Information" April 1985

³ siehe Anlage: "EIN ERNSTES WORT IN ERNSTER STUNDE" - KPD - Zur Kreistagswahl 1946

⁴ Wahlzettel der KPD Pinneberg zur Gemeindevwahl im September 1946

Konkret forderte meine Mutter daher mit Millionen von anderen Deutschen die Wiedervereinigung Deutschlands, den immer währenden Verzicht auf jede Militarisierung und die rechtmäßige Verurteilung von Naziverbrechern, unter ihnen auch die Förderer Hitlers aus dem Finanz- und Industriekapital. Sie sammelte Unterschriften für eine Volksabstimmung über die Frage: „Sind sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951?“ und trat öffentlich in Pinneberg für ihre Ansichten ein.



5

Die Volksbefragung wurde von der Adenauer-Regierung verboten. Sie wurde aber trotz des Verbots bis Mitte 1952 durchgeführt. 9 116 667 Bürger hatten sich dabei

Das war eine der Konsequenzen aus der Tatsache, dass 1949 mit der zunächst einseitigen Gründung der BRD – einschließlich des Grundgesetzes als vorläufige Verfassung und der Einführung der D-Mark – die Spaltung Deutschlands längst vollzogen worden war. Und: Die Macht im Staat BRD wurde auch von jenen repräsentiert, die schon vor 1945 über Recht entschieden oder im Staatsapparat gearbeitet hatten.

In Pinneberg konnten meine Eltern dies auch gut beobachten. War nach 1945 der Sozialdemokrat und von den Nazis zeitweise im KZ inhaftierte Richard Köhn der erste Bürgermeister in Pinneberg, wurde 1950 Henry Glissmann sein Nachfolger. Glissmann hatte während der gesamten Nazizeit als Beamter Karriere gemacht unter anderem zwei Jahre als "Verwaltungsbeamter" im Besatzungsgebiet in Riga gearbeitet.⁷ Und auch in der Pinneberger Polizei waren wieder hohe Nazi aktiv: Waldemar Kiel wurde nach 1945 Leiter der Polizeiinspektion Pinneberg, vorher war er SS-Sturmbannführer, Hauptmann der Schutzpolizei in der Polizeiverwaltung Königsberg und Angehöriger des 4. SS-Freiwilligen-Armee-Korps.⁸

50er Jahre waren auch Zeiten der politischen Verfolgung

Ein Thema beschäftigt mich bis heute: Es betrifft den Umgang mit den Verbrecherinnen und Verbrechern im Faschismus und ihren zahlreichen Helferinnen und Helfern. Schon in den 50er Jahren fragte ich viele, mir gut bekannte Antifaschistinnen und Antifaschisten, die brutal in KZs, Zuchthäusern und Gefängnissen gefoltert



6

gegen die Wiederaufrüstung ausgesprochen. Ein weiteres Ergebnis war, dass unsere Mutter festgenommen wurde und eine Anklage folgte. In diesem Zusammenhang gab es in der BRD 8781 polizeiliche Einsätze, und 7331 Befragungshelfer wurden verhaftet.

wurden, warum sie nicht gezielter ihre Peiniger suchten, um sie anzuklagen.

Ihre Erklärungen waren fast immer gleich: In jener Zeit ging es um die Sicherstellung elementarer lebensnotwendiger Dinge. Das hatte Vorrang. Kommunistinnen und Kommunisten waren zunächst

⁵ Abdruck aus: www.bundesarchiv.de/DE/Content/Virtuelle-Ausstellungen/Wahlen-In-Der-Ddr/wahlen-in-der-ddr.html vom 10.01.2024

⁶ Siehe Anlage: "Deutsches Manifest"

⁷ Uwe Danker: "Die drei Leben des Hinrich Lohse"

https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_11/Demokratische_Geschichte_Band_11_Essay08.pdf

⁸ BRINGMANN, Fritz: Von Asbach bis Lemke – eine Dokumentation über Wirken und Einfluß von Alt-Nazis im öffentlichen Dienst Schlesig-Holstein – (Hrsg.: VVN 1976).

Mit einem Vorwort von Marianne Wilke und einem umfangreichen Begleitetext von Dieter Schlichting für diese Online-Ausgabe.

<https://www.spurensuche-kreis-pinneberg.de/dokumente/>

SOZIALDEMOKRATEN! KOMMUNISTEN! HAMBURGS

Mit der Aufhebung des Verbotes der Neubildung von Parteien sind die
Sozialdemokratische Partei Hamburgs
und die **Kommunistische Partei Hamburgs**

als politische Parteien zugelassen. Beide befinden sich jetzt im Besitz der
formellen Genehmigung ihrer Neugründung. Der Übergang von der
Illegalität in den gesetzmäßigen Zustand stellt uns vor die Aufgabe, die
Organisationen auf breiter Grundlage wieder aufzubauen.

Wir rufen daher unsere Funktionäre und Anhänger auf, mit dieser Arbeit
unverzüglich zu beginnen. Nähere Anweisungen hierfür erfolgen durch die
beiden provisorischen Organisationsleitungen, die den Anti-Nazi-Kampf bereits
während des Hitler-Terrors durchzuführen begonnen haben.

Es kommt darauf an, die beiden großen Arbeiterparteien in kürzester
frist beschluß- und aktionsfähig zu machen. Mit dieser Arbeit treten die
beiden Parteien in einen friedlichen Wettbewerb, von dem es abhängt, daß
ein großes erstes Ziel schnellstens erreicht wird.

Die beiden provisorischen Leitungen sind sich darin einig, daß als erste
und dringlichste Aufgabe erreicht werden muß, der Zusammenschluß beider
Richtungen in einer einzigen

Sozialistischen Partei I

Beide Leitungen, zusammengefaßt in einem 10köpfigen Aktions-Ausschuß,
sind fest entschlossen und legen sich nachdrücklich darauf fest, in ihren
Organisationen für den baldigsten Zusammenschluß mit allen ihnen zu Gebote
stehenden Mitteln und ihrem ganzen Einfluß einzutreten. Der **Zusammenschluß**
sollt erfolgen durch freie Abstimmung der beschlußfähigen Mitglied-
schaften. Er erhält seine Massenbasis in der innerparteilichen Demokratie.
Seine letzte Reife soll dieser Beschluß finden in der gemeinsamen Aktion für
die Lösung der Tagesaufgaben, die uns für die nächste Zeit gestellt sind.

Wir stimmen darin überein, daß wir mit dieser Einigung Vollstrecker des
eindringlichen Massenwillens des klassenbewußten Proletariats sind und damit
auch organisatorisch und formell einen Zustand verwirklichen, der im persön-
lichen Verhältnis unserer Anhänger zueinander und in ihrer gemeinsamen
Zielvorstellung bereits Tatsache geworden ist.

Beide Parteien verpflichten sich:

1. Bis zum vollzogenen Zusammenschluß keinerlei feindliche und gehässige
Headlines gegeneinander zu begehen und zu dulden. Beide Parteien
werden vielmehr in kameradschaftlichem Geiste und auf der Grundlage
gegenseitiger persönlicher Achtung alle Kraft einträchtig auf die **gemein-
same Lösung der gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben** verwenden
und den Gegnern der Arbeiterklasse eine geschlossene Phalanx des
Füreinander-Eintratens entgegenstellen.
2. Das innerorganisatorische Leben ihrer Partei so zu gestalten, als wenn
die Vereinigung bereits vollzogen wäre. Insbesondere soll, nach einer
ersten kurzen Aufbauzeit, die Zusammenführung ihrer Mitglieder gefördert
und jede Agitation gegeneinander schon jetzt unterlassen werden.
3. In der Werbung Sicherungen und Vorkehrungen zu treffen, die es Nazi-
Elementen und Reaktionskräften sowie noch näher zu vereinbarnden Kreisen
unmöglich machen, in einer der beiden Parteien Tarnung und Unterschlupf
zu finden.
4. Im Hinblick auf ihre politische Wirksamkeit die Möglichkeit einer gesetz-
mäßigen Existenz nicht zu gefährden, und alles zu unterlassen, was sie
in einen krisenhaften Konflikt zu den Besatzungsbehörden bringen könnte.

Beide Parteien werden gemeinsam auf der Grundlage des bereits
beschlossenen Aktions-Programms, dessen Gültigkeit zeitlich begrenzt und
nur für den hamburgischen Gebietsbereich gedacht ist, eine Reihe vordring-
licher Aufgaben auf folgenden Gebieten durchführen:

- I. Maßnahmen gegen Hunger, Kälte und Seuchen.
- II. Maßnahmen gegen das Wohnungseld.
- III. Maßnahmen in der Wirtschaft und in der Sozialpolitik.
- IV. Anti-Nazi-Aktionen.
- V. Maßnahmen auf dem Gebiete des kulturellen Lebens.

Auf der Grundlage gemeinsamen Handelns der sozialdemokratischen
und der kommunistischen Genossen soll die eine

Sozialistische Partei entstehen.

Die blutige Lehre der 12jährigen Hitler-Diktatur im Innern, des Hitler-
Krieges nach außen und seiner großen sozialen Umwälzungen heißt für
alle schaffenden Männer und Frauen eindeutig:

Einigkeit, Einheit und nie wieder Bruderkampf!

Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei:	Die Vertreter der Kommunistischen Partei:
20. August 1945.	

H. Wetternann
K. Tessloff
H. Lohndorff
H. Lohndorff
H. Lohndorff

F. J. J. J.
F. J. J. J.
Paul J. J.
Willi J. J.
Frau J. J.

Durchlesen und weitergeben!

häufig in öffentliche Ämter berufen worden, in denen über Wohnungsfragen und weitere elementare soziale Probleme entschieden werden musste. Sie engagierten sich, um Probleme zu lösen, und wollten ihren Beitrag zur Lösung wichtiger Zukunftsfragen in einem besseren Deutschland leisten.

So wurde in Pinneberg am 31. Januar 1946 als Stadtrat für die Kommission für das Wohnungswesen Karl Schnitker von der KPD gewählt. Schnitker war nach 1945 gleich wieder in der Leitung der örtlichen KPD aktiv geworden. Ebenfalls arbeitete der Pinneberger Kommunist Georg Tronier als bürgerliches Mitglied in diesem für die Bevölkerung so wichtigen Gremium mit. Sie kämpften für ein sozialistisches Deutschland wie es zu jener Zeit zunächst viele Bürger forderten. Zum Beispiel wurden in vielen Orten gemeinsam mit Sozialdemokraten Ausschüsse zur Bildung einer sozialistischen Partei gegründet.

Vielleicht haben sie ihren Erwartungen an eine bessere Zukunft zu sehr vertraut. Auf jeden Fall holte sie die Realität schnell ein. Als bald hatten die Peiniger von gestern das Sagen in der Justiz und im weiteren Staatsapparat, wie bei der Polizei und im Bildungswesen – auch zu meinem Leidwesen als Schüler.

Für mich waren die 50er Jahre auch Lehrjahre in Sachen Demokratie. Die Partei meines Urgroßvaters, meines Opas und meiner Eltern, die KPD, wurde am 17. August 1956 erneut wie 1933 verboten. Zur Durchsetzung der Politik der Remilitarisierung, der Einbeziehung der BRD in die Nato und des hemmungslosen Antikommunismus musste aus der Sicht der Regierenden die Widerstandskraft KPD gebrochen werden. Die Folge davon waren erneut Verfolgung, Diskriminierung und auch Inhaftierungen. Tausende Kommunistinnen und Kommunisten und anderer fortschrittliche Menschen wurden Gegenstand von Ermittlungen, angeklagt, verurteilt und diskriminiert. Der spätere DKP-Vorsitzende in Schleswig-Holstein, Ewald Stiefvater aus Wedel, wurde zum Beispiel zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.



9 Der Film "Die Staatsfeinde - Kalter Krieg und alte Nazis" von Daniel Burkholz dokumentiert die Kämpfe und Verfolgung von Kommunistinnen und Kommunisten der Nachkriegsgeneration in der BRD

Nach vier Verhandlungstagen verurteilte das Flensburger Gericht Ewald Stiefvater zu zwei Jahren und die genannten Mitangeklagten „wegen fortgesetzter vorsätzlicher Zuwiderhandlung gegen das Verbot der KPD (§§ 42, 47 BVerf.GG) in Tateinheit mit Förderung einer verbotenen Vereinigung als Rädelsführer (§ 90a StGB) und mit verfassungs- feindlicher Geheimbündelei (§§ 128, 94 StGB)“ zu je einem Jahr und acht Monaten Gefängnis.

Die 72jährige Witwe Müller erhielt sechs Monate Gefängnis, die Untersuchungshaft wurde ihr, wie auch den anderen Verurteilten, angerechnet. Die verbliebene Reststrafe wurde in ihrem Falle zur Bewährung ausgesetzt. Die Richter unterstellten ihr ideelle Motive: „Sie wollte als überzeugte Kommunistin die Arbeit der illegalen KPD [...] dadurch fördern, daß sie ihre Wohnung für die Treffen zur Verfügung stellte.“

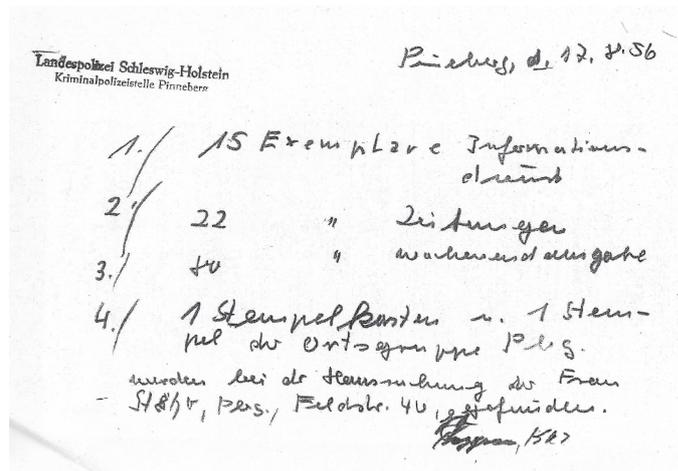
Was das Gericht für erwiesen ansah und zur Grundlage seines Ur- teils nahm, klang weit weniger dramatisch als die bei der Verhaftung verbreiteten Meldungen. Bei den „Funkgeräten“ handelte es sich um schlichte Rundfunkempfänger; der Oberstaatsanwalt stellte in der Verhandlung ein kleines Taschenradio vor, die Richter gaben es frei. Der sichergestellte „Geheimcode“ entpuppte sich als Notizen für ein Preisausschreiben.

aus: Jürgen Brammer, Klaus Weigle:

"Die Illegalen von 1956/1968"

https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_12/

[Demokratische_Geschichte_Band_12_Essay_12.pdf](https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_12/Demokratische_Geschichte_Band_12_Essay_12.pdf)



10

„Wirtschaftswunder“ und unsere Realität

Manch alte Fotos belegen das „Wunder“ und zeigen, dass am Tag nach der Einführung der DM alle Geschäfte mehr und qualitativ hochwertigere Waren anboten, die vorher nicht zu bekommen waren. Und es gab genügend Menschen, die das bezahlen konnten – wir gehörten nicht dazu.

Meine Kindheit ist voll mit Erinnerungen an unsere damalige Not. Das Geld reichte nie. Obwohl uns schon der billigste und damit auch schlechtere, engere Wohnraum zugewiesen worden war, fehlte oft das Geld für die Miete, gerade wenn mein Vater aus politischen Gründen entlassen worden war oder als Baggerfahrer im Winter stempeln musste. Der karge Wochenlohn war schnell verbraucht.

Dann hieß es anschreiben, zum Beispiel bei Milchmann Rabe. Anfang der 50er Jahre war eine Skimütze, die meine Eltern im Bekleidungsgeschäft Kunstmann gekauft hatten, mein Weihnachtsgeschenk, später wurde behauptet, ich hätte sie sogar nachts getragen.

Ein Riesenskandal gab es Mitte der 50er Jahre in unserer Familie um den Kauf eines Loewe- Opta Radios mit Tasten. Vater behauptete, das Radio sei für den Empfang von Nachrichten und politischen Informationen aus der DDR nötig, Mutter wollte in ihrer Verzweiflung über die Ratenzahlung das Gerät aus dem Fenster werfen. Später erfreute es uns aber alle. Erst Anfang der 60er Jahre erhielten wir eine Neubau- Sozialwohnung mit Bade- und einem Kinderzimmer.

Wie bei uns ging es in vielen Arbeiterfamilien zu, während sich in den oberen Bevölkerungsschichten zunehmend viele Möglichkeiten zum Konsum und sogar für Reisen aufboten, aber auch für bessere Bildung und zum Studieren.

Hausdurchsuchung und Beschlagnahme von Kinderspielzeug

Am Tag des KPD-Verbots hatte ich am späten Vormittag die Zeitungen „Norddeutsches Echo“ und „Hamburger Volkszeitung“ vom Pinneberger Bahnhof geholt, um sie nach dem Mittagessen an die etwa 60 Abonnentinnen und Abonnenten zu verteilen. In dieser Tageszeit gehörte unser Familienfahrrad mir. 1954 hatte ich als Zeitungsjunge begonnen, erst 1962 mit dem Beginn der Berufsausbildung beendete ich diese Arbeit. Zu Hause wurde ich nach dem Klingeln von Polizisten empfangen, die sofort alle Zeitungen beschlagnahmten. Eine Hausdurchsuchung war bereits in vollem Gange.

Ich meine, daran waren drei Personen beteiligt, jeweils von der politischen und der grünen Polizei und ein sogenannter „Zeuge“ vom Ordnungsamt.

Ich war verzweifelt und wütend angesichts dieses Unrechts und ließ den Tränen freien Lauf. Meiner Mutter machte ich Vorwürfe, weil sie es versäumt hätte, mir rechtzeitig ein Zeichen zu geben. Dann hätte ich die Zeitungen noch austragen können, behauptete ich. Es war eine Mischung aus Angst, Widerstand und Unrechtsbewusstsein, die mich verzweifeln ließ. Das störte die Akteure der Staatsmacht nicht weiter, sie suchten und fanden zum Beispiel unsere Kinderpost. Auch die wurde beschlagnahmt, weil man angeblich damit Flugblätter drucken konnte.

¹⁰ Beschlagnahmeprotokoll von der Hausdurchsuchung am 17.08.1956

Der Antikommunismus in all seinen Formen und Ausprägungen war bei uns ständig präsent. Zwei Beispiele: Die Entscheidung für meine Schwester Irene, das Gymnasium zu besuchen, wurde trotz entsprechender Leistungen abgelehnt, und mein Vater musste im Drosteipark während der DGB-Kundgebungen in den 50er Jahren hasserfüllte Attacken über sich ergehen lassen. Die Würde von Kommunisten wurde eben anders gewertet, die Meinungsfreiheit hatte für uns erlebte Grenzen, demokratische Grundrechte wurden schon mal nicht so beachtet. Bis zu gewissen Grenzen sind mir diese Erfahrungen bis heute präsent geblieben und bleiben unvergesslich.

Die 50er Jahre aufarbeiten!

Ich will es bei diesen Schilderungen belassen, die zeigen, dass die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bis heute in der öffentlichen Darstellung „schwarze Seiten“ aufweist, die nachwirken. Bis heute ist das KPD-Verbot gültig. Es gab keine Rehabilitation eingesperrter Genossinnen und Genossen.

Die politischen Erfahrungen der 50er Jahre könnten helfen, um die komplizierten Herausforderungen jetzt und für die Zukunft demokratischer zu lösen. Deswegen bleibt es eine Herausforderung, diese Zeit zu erforschen und Schlussfolgerungen zu diskutieren.

Wussten Sie eigentlich, dass . . .

...vor 66 Jahren die Sowjetunion eine deutsche Wiedervereinigung vorschlug?

10. März 1952



Josef Stalin bot die Wiedervereinigung von West- und Ostdeutschland an.

Das Angebot blieb formell unbeantwortet, und Experten zweifeln an seiner Ernsthaftigkeit. Doch Sowjet-Chef Josef Stalin bot in seiner Note vom 10. März 1952 die Gelegenheit an, West- und Ostdeutschland – ohne ehemalige preußische, pommersche und schlesische Gebiete – nur sieben Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg wieder zu vereinigen. Voraussetzung für seinen Friedensvertrag-Vorschlag war Deutschlands Neutralität ohne Koalitionen und Militärbündnisse.

Die Antwort der westlichen Alliierten folgte mit den Deutschland-Verträgen, mit deren Unterzeichnung die Bundesrepublik am 26. Mai 1952 die feste Einbindung in den Westen manifestierte. (mm)

Anhang:

Pinneberger DKP-Information April 1985

KPD-Kreis Pinneberg zur Wahl 1945

Das Deutsche Manifest - 29.01.1955 Kundgebung
gegen Remilitarisierung und für Wiedervereinigung

Münneberger **DKP- INFORMATION**

Nr. 4

17. Jahrgang

April 1985



8.
Mai 1945

**Tag der
Befreiung
von Krieg
und Faschismus**

Marie und Artur Stehr haben den 8. Mai 1945 in Pinneberg erlebt. Sie berichten heute darüber. Wir denken, daß viele ähnliches erlebt und empfunden haben. Wir hoffen aber auch, denen die es nicht erlebt haben, ein Stück Geschichte unserer Stadt näherzubringen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, daß niemand wieder so etwas erleben muß. Deshalb kämpfen wir für den Frieden!

Ihre Redaktion

8. Mai 1945 - Pinneberg vor 40 Jahren - wir waren dabei



Marie Stehr



Artur Stehr

Ja, was war er denn gleich, der 8. Mai 1945. Laßt uns doch einmal 40 Jahre zurückblenden. Sehen wir uns die Menschen an, wie sie damals diesen 8. Mai empfunden haben.

Die Ereignisse in den letzten Kriegswochen überstürzten sich. Die Faschisten waren immer noch dabei, durch Frontbegradigungen - so nannten sie ihre Rückzüge - den Krieg zu gewinnen.

In der Eifel hatte es in den Dezembertagen 1944 einen faschistischen Vorstoß gegeben. Immer öfter kam es vor, daß Kolleginnen - ich (Marie Stehr) habe damals bei der Fa. Wille gearbeitet - in das Büro gerufen wurden. Ihnen wurde die Schreckensnachricht

mitgeteilt, daß ihr Mann oder ein anderer Familienangehöriger gefallen war.

Nachts bekamen wir auch keine Ruhe. Die Luftschutzsirenen heulten uns aus den Betten. Wir gingen mit den wichtigsten Papieren und "Kind und Kegel" in den selbstgebauten Erdbunker.

Die Versorgung der Bevölkerung mit den lebenswichtigen Gütern wurde immer schwieriger und katastrophaler. Je näher die Fronten aus dem Osten und dem Westen aufeinanderzukamen, umso mehr Militär und Flüchtlinge kamen nach Schleswig-Holstein.

Das alles spiegelte sich natürlich auch in den Köpfen der Menschen wieder.

Die Sehnsucht nach Frieden wurde immer stärker. Sie wurde stärker trotz aller Fragen und Probleme. Hatten viele noch bis zur Einnahme Berlins durch die Rote Armee voller Zweifel an die Geheimwaffe Hitlers geglaubt, die letztendlich doch noch den Sieg bringen sollte, waren es nun Zweifel darüber, ob es richtig sei, daß "durch unser ausharren und unseren Widerstand die Bedingungen für die Beendigung des Krieges verbessert werden könnten." Nichts sprach dafür. Schleswig-Holstein wurde immer offensichtlicher die letzte Bastion der faschistischen Wehrmacht.

Der Hitlernachfolger und faschistische Großadmiral Dönitz hatte sein Hauptquartier in Flensburg aufgeschlagen. An den Brücken in Pinneberg wie an der Bismarckstraße, der Elmshornerstraße wurden Bomben zur Sprengung gelegt. Und es stand die Frage, will man uns wirklich sinnlos verheizen. Wie berechtigt diese Frage war, wurde am Morgen des 4. Mai deutlich. Militär mit Kriegsgerät zog durch die Friedenstraße/Elmshornerstraße in Richtung Norden. Eine Flak-Kanone wurde in Stellung gebracht. Galt dies nun dem einsam am Himmel fliegenden Flugzeug oder den von Hamburg vordringenden englischen Truppen? Sollte Pinneberg nach der hitlerischen Parole bis zum letzten Mann verteidigt werden? Jedenfalls löste dieses Geschütz für die Anwohner Friedenstraße und des Haidkamps erhebliche Unruhe und Sorgen aus. Diese Sorgen waren im Moment größer, als all die anderen Fragen,



Sollte auch Pinneberg in Schutt und Asche fallen?

die uns bewegten. So z.B. wie wird es weitergehen? Werden die alliierten Truppen Rache nehmen für Kriegsverbrechen der

faschistischen Wehrmacht? Einige Nazis hatten die Parole rausgebracht: Genießt den Krieg, der Friede wird fürchterlich. Aber dieser Parole wurde nicht geglaubt. Im Vordergrund stand doch der Wunsch nach Frieden, Schluß mit den Todesnachrichten, Schluß mit dem zermürbenden Fliegeralarm, Schluß endlich mit dem sinnlosen Blutvergießen. Alle hofften, daß ihre Angehörigen, die draußen waren, noch lebten.

Die Bevölkerung in der Friedenstraße konnte aufatmen. Genauso schnell, wie die jungen Leute mit dem Flak-Geschütz aufgetaucht waren, verschwanden sie auch wieder in Richtung Norden.

Pinneberg - eine Geisterstadt

Mit dem Flak-Geschütz und seiner Besetzung setzten sich die letzten Truppenteile aus Pinneberg ab.

Ich fuhr mit meinem Schwiegervater mit dem Fahrrad in die Stadt. Wir wollten sehen, was los war. Die Straßen waren leergefegt. Alles wartete in den Häusern. Niemand wußte, ob sich nicht doch irgendwo Fanatiker versteckt hatten, um dann aus dem Hinterhalt das Feuer zu eröffnen. Alles ging gut. Es blieb ruhig.

Pinneberg ist eine Geisterstadt geworden. In der Bahnhofstraße an der Polizeiwache standen ein paar Polizisten. Bei ihnen der Obernazi Krömer. Ortsgruppenleiter der NSDAP nannte er sich. "Der Lump hat sich unter Polizeischutz gestellt", stellte mein Schwiegervater fest.

Dann plötzlich um Mittag herum tauchten auf der Kreuzung Dingstätte/Rübekamp/Bismarckstraße Panzer mit englischen Soldaten auf. Ein einsamer Besoffener torkelte durch die Straße. Hoffentlich, dachten wir, kommt der mit seinem besoffenen Kopf nicht auf dumme Gedanken, daß er eine Pistole zieht oder wer weiß was auch immer anstellt. Aber es ging alles gut. Auch wir machten uns auf den Nachhauseweg. Für uns, für die Pinneberger, war am 4. Mai um die Mittagszeit der Krieg vorbei. Wir konnten aufatmen.

Die Engländer sind da.

Ja, das war ein Tag, der 4. Mai 1945. In der Mittagsstunde kamen die Engländer. Abends um 19.30 Uhr kam ich (Artur Stehr) nach Hause. Der 4. Mai 1945 war übrigens auch unser zweiter Hochzeitstag. Doch nun wieder zurück

zu den Ereignissen. Ab sofort galt: Niemand darf nach 20.00 Uhr noch aus dem Haus.

Die Engländer zogen in die Eggerstedt-Kaserne. Einige Privathäuser wurden requiriert. Der englische Stadtkommandant zog in die "Metzgersche Villa" in der Mühlenstraße links und rechts der Rellau. Einige Engländer betrieben ihre private Requierierung. Beliebte Objekte waren Radios, Nähmaschinen und Uhren. Gefragt waren auch Wecker. "Alarmwodsch" wie sie sagten.

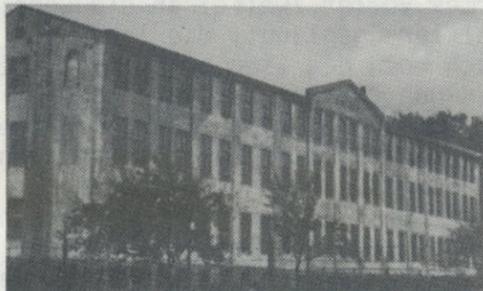
Aber auch Pinneberger Bürger betrieben ihre "Privatversorgung". Bekannt war, daß in den Fabrikräumen der Fa. Wupperman in der Schauenburger Straße Textilien und andere Gegenstände lagerten. Nach Pinneberg verschleppte Zwangsarbeiter aus allen Teilen Europas aber auch Bürger unserer Stadt waren dabei, das Textilgeschäft Hansen und Limburg auszuräumen. Einer hatte Feuer gelegt.

Zwei Tage später wurde die Bevölkerung aufgefordert, alle Sachen zurückzubringen. Straffreiheit wurde zugesichert. Die Bevölkerung wurde auch aufgefordert, alle Waffen, private Motorräder und Autos bei der Polizei abzugeben. Auch ich habe mein Motorrad abgegeben. Ich erhielt eine schöne Quittung mit einem Schätzwert von 98,-- RM. Was daraus geworden ist - ich weiß es nicht. Ich habe bisher weder Motorrad noch Geld gesehen.

Die unbewältigte Vergangenheit

Von einem Teil der Bevölkerung war nichts zu sehen. Sie haderten mit ihrem Schicksal und versuchten auf ihre Weise ihre Probleme zu lösen. Das waren die Nazi-Größen der NSDAP und ihrer Untergliederungen wie SA und SS. Das waren die Kriegsgewinnler, wie der Inhaber der Fa. Wille, deren Betriebe unter "Treuhand" gestellt wurden und da war schließlich auch der Bierverleger Rechter aus der Elmshornerstraße, der die Kriegsgefangenen der Roten Armee verrottete Rüben zum Essen gab. Der hatte sich im Himmelmoor versteckt. Jeder von ihnen hatte so seine "persönlichen Gründe", warum er sich aus der Öffentlichkeit heraushielt und den Ahnungslosen spielte, der von

nichts gewußt und das Beste gewollt hat. Sie hätten allen Grund unterzutauchen.



Firmengebäude der Fa. Wille

Da waren die drei Ermordeten aus Pinneberg: Heinrich Geick, Wilhelm Schmidt und Heinrich Boschen. Da waren alle die, die aus politischen, religiösen und rassistischen Gründen in den Gefängnissen, Zuchthäusern und KZ's der Nazis gesessen hatten. Stellvertretend für alle möchte ich nennen: Heinrich Geick jun., Lene Luck, Wille Dahms, Wille Andersen, Richard Köhn, Ernst Wilstermann ... bekannte Kommunisten und Sozialdemokraten.

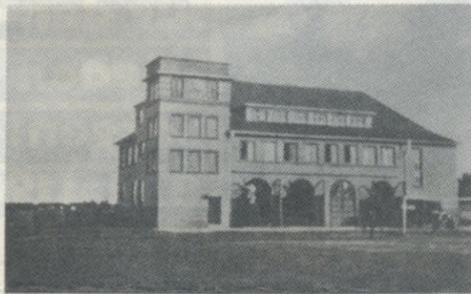
Da waren die Hausdurchsuchungen, Drohungen und Tötlichkeiten gegen politisch Andersdenkende und da wurde wie im Mittelalter unter großem Getöse der SA und SS ein alter Mann durch die Straßen Pinnebergs geschleift mit einem Schild um den Hals mit der Aufschrift: "Ich bin ein Wucherer und Halsabschneider".

Da waren auch die Inhaber der Betriebe und der großen Baumschulen, die Frauen und Männer aus allen europäischen Ländern wie ihre Sklaven hielten. Am schlimmsten hatten es Kriegsgefangene und Polen. Die Polen mußten alle ein "P" sichtbar tragen. Sie mußten auf dem Bürgersteig Platz machen, wenn Deutsche kamen. Sie durften an keinen öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen usw. usf. Die Polen, Russen und Juden waren nach der Naziideologie Wesen, die man nicht zur Kategorie der Menschen zählen konnte. Sie waren sogenannte Untermenschen.

Was ist aus diesen Nazis geworden, die teilweise schwere Verbrechen auf sich geladen hatten? Sie sind alle als ehrbare Bürger gestorben oder leben noch heute. Der Oberrnazi Krömer z.B. hatte seinen Tischlereibetrieb auf seinen Schwiegersohn überschrieben. Dann saß er kurze Zeit wegen "seiner Taten" in der Nazizeit. In den 50er Jahren

war er aber schon wieder Kreisinnungsmeister des Tischlerhandwerks.

Schon am 5. Mai 1945 konnte man in Pinneberg die Losung lesen "Nazis müssen fliegen - aus Behörden und Betrieben!". Aber die englische Besatzungsmacht hatte es nicht so eilig. So waren zwar durch das alliierte Kontrollgesetz alle Naziorganisationen aufgelöst, verboten und ihre Vermögen beschlagnahmt worden. Der Nazibürgermeister wurde abgesetzt. An seine Stelle trat ein Mann namens Petersen. Aber fast der ganze Staatsapparat, einschließlich Polizei und Justiz blieb.



Auf dem Sportplatz bei der alten Feuerwache trafen nach dem 8. Mai deutsche Kriegsgefangene auf englischen Militärlastwagen ein.

Einige hundert belastete Nazis mußten auf dem Himmelsmoor Torf für die Bevölkerung stechen. Ich selbst habe sie mit den Bussen der Fa. Reimers gefahren. Einige Jahre später fand ich sie alle in Amt und Würden wieder; so den späteren Bürgermeister Glissmann bis hin zu dem Nazi-Ministerrat Friedrichsdorf nach 1945 Vorsitzender des BHE, Kreistagsabgeordneter der BHE/DP und später Ehrenvorstandsmitglied der Pinneberger CDU.

Es wurde zwar ein Entnazifizierungsausschuß gebildet. Aber dieser Ausschuß verkam schnell zu einem "Persilschein-Ausschuß", wie er vom Volksmund genannt wurde. Weil er sich in solch eine Richtung entwickelte, haben die Vertreter der KPD diesen Ausschuß verlassen.



Für ein antifaschistisches und demokratisches Deutschland

Überhaupt waren es Vertreter der verschiedenen Parteien insbesondere der KPD und der SPD, die sich um die Versorgung der Bevölkerung bemühten und einen demokratischen Aufbau in unserer Stadt anstrebten. Dazu gehörten sowohl der Aufbau und die Zulassung ihrer Parteien und der Gewerkschaften als auch des Parlaments. So waren Kommunisten, Sozialdemokraten und Antifaschisten unermüdlich tätig. Zu ihnen gehörten Heinrich Geick jun., Olga (Oma) Geick, Marta Geick, Karl Schnittker, Georg Tronier usw. ebenso wie die Familien Wulf, Bohnemann, Sellmann und Richard Köhn von der SPD.

Im September 1945 hatten wir im Schauenburg-Kino in der Elmshornerstraße die erste öffentliche Versammlung der KPD. Es ging um den gemeinsamen Aufruf von KPD und SPD, der von Fiete Dettmann von der KPD und Karl Meitmann von der SPD unterschrieben war und dazu aufforderte, die Lehren des Faschismus zu beherzigen und den Bruderkampf einzustellen und eine gemeinsame Arbeiterpartei zu gründen. Dieser Aufruf fand viel Zustimmung bei Sozialdemokraten, Kommunisten und antifaschistischen Arbeitern. Leider lief die Entwicklung anders. Die Gründung einer einheitlichen Arbeiterpartei war nicht im Sinne der Besatzungs-

Mit Genehmigung der Militärregierung

SOZIALDEMOKRATEN KOMMUNISTEN! HAMBURG

Mit der Aufhebung des Verbotes der Neubildung von Parteien sind

sozialdemokratische Partei Hamburg
und die Kommunistische Partei Hamburg

politische Parteien zugelassen. Beide befinden sich jetzt im Besitz der
neuen Genehmigung ihrer Neugründung. Der Obermann von
steht in den ... Zustand statt

Die beiden provisorischen Lösungen sind sich darin einig, daß als erste
und dringlichste Aufgabe erreicht werden muß, der Zusammenschluß beider
Richtungen in einer einzigen

Sozialistischen Partei

... in einem 10k... ...

In einen krisenhaften Kampf... Beide Parteien werden gemeinsam auf der Grundlage des beschlossenen Aktions-Programms, dessen Gültigkeit zeitlich begrenzt u... für den hamburgischen Gebietsbereich gedacht ist, eine Reihe vordringlicher Aufgaben auf folgenden Gebieten durchführen:

- I. Maßnahmen gegen Hunger, Kälte und Seuchen.
- II. Maßnahmen gegen das Wohnungselend.
- III. Maßnahmen in der Wirtschaft und in der Sozialpolitik.
- IV. Anti-Nazi-Aktionen.
- V. Maßnahmen auf dem Gebiete des kulturellen Lebens.

Auf der Grundlage gemeinsamen Handelns der sozialdemokratischen und der kommunistischen Genossen soll die eine

Sozialistische Partei entstehen.

Die blutige Lehre der 12jährigen Hitler-Diktatur im Innern, des Hitlerreges nach außen und seiner großen sozialen Umwälzungen heißt alle schaffenden Männer und Frauen eindeutig:

Einigkeit, Einheit und nie wieder Bruderkampf!

Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei: Die Vertreter der Kommunistischen Partei:
 20. August 1945.

*H. Kuttnermann F. Jüttmann
 K. Tessen H. Deibel*

macht und wurde später auch von ihr verboten. Es waren aber auch einige Führer der SPD, die die gemeinsame Plattform sehr schnell verlassen hatten. Nur beim Aufbau der Gewerkschaften wurden die Lehren aus dem Faschismus gezogen. Seither gibt es eine Einheitsgewerkschaft und wir sollten auch dafür sorgen, daß dies so bleibt.

Überlegungen, die heute von einigen Leuten der CDU und anderer rechter Kräfte auf die Tagesordnung gesetzt werden, daß der 8. Mai der Tag der Kapitulation und der Niederlage sei, spielte vor 40 Jahren in den Meinungen der Menschen keine Rolle. Vordergründig war: der Krieg ist aus, mit dem Faschismus ist es vorbei, alles andere wird sich finden, es wird schon weitergehen. Auch von der letzten Bastion Schleswig-Holstein aus wird es keine Geheimwaffe mehr geben. Es hat sie nie gegeben.

... weiter auf Seite 7



Demonstration

Samstag 4. Mai

Samstag, 4. Mai 1985

Hamburg

- 11 Uhr: Auftaktkundgebung Hamburger Straße/Schönfelder Straße
- 14 Uhr: Abschlußkundgebung Ohlsdorfer Friedhof/Ehrenmal für die Opfer des Faschismus

UZ unsere zeit

Bestellungen bitte einsenden an: Plambeck & Co. Postfach 10 10 53 - 4040 Neuss

Hiermit bestelle ich die UZ - unsere zeit - Zeitung der DKP, als

Wochenendausgabe

zum Preis von 10,- DM vierteljährlich. Mindestbezugszeit 1 Jahr

Kündigungen müssen dem Verlag 6 Wochen vor Quartalsende vorliegen.

Hiermit bestelle ich die UZ - unsere zeit - Zeitung der DKP, als

Tageszeitung

zum Preis von 10,- DM monatlich. Mindestbezugszeit 3 Monate

Name Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Rücktrittsrecht. Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen gegenüber dem Verlag Plambeck & Co., Postfach 10 10 53, 4040 Neuss 1, schriftlich zu widerrufen.

Datum _____ Unterschrift _____

Ja, viele hatten etwas verloren; ihren Mann, Vater oder Bruder, andere ihre Heimat und ihre Habe. Bei vielen gab es noch Fragezeichen, mitunter zu viele Fragezeichen. Aber die Menschen waren hart geworden in den Kriegsjahren. Sie hatten gelernt, umzugehen mit den kleinen Rationen, mit dem beengten Wohnraum und mit dem Bißchen an Kleidung. Aber nun konnte es doch allmählich nur besser werden.

Aber trotz all dieser Greuel und Verbrechen des Faschismus, trotz der vielen Millionen Toten des faschistischen Krieges ging die CDU unter Adenauer den Weg der Wiederbewaffnung bis heute unter Kohl zur Stationierung der amerikanischen Atomraketen. Diese Vorstellung war 1945 undenkbar. Wir wollten ein antifaschistisches und demokratisches Deutschland. Von diesem Deutschland sollte nie wieder ein Krieg ausgehen.



Nr 66505

Werte Reichskleiderkarte

für Kleider im 2. und 3. Lebensjahr

Mit Limbo auszufüllen!

für das Kleinkind Trene Helber
 geboren am 3.12.42
 Wohnort Dinneberg
 Wohnung Friedenstr. 75

Die Karte gilt bis 30 Juni 1944, sie ist nicht übertragbar. Die Karte darf nur zur Befriedigung des Bedarfs des Karteninhabers benutzt werden. Mißbräuchliche Benutzung wird bestraft. Aus dem Zusammenhang der Karte gelöste Kartenabschnitte sind ungültig.

	I	II	III	IV
1- oder 2-teilig, wollhaltig, gewirkt oder gestrickt (Winteranzüge) je 1 Teil = 9 Punkte	18	-	-	-
Anzüge, 2-teilig, wollhaltig, gewebt, je 1 Teil = 12 Punkte	24	-	-	-
Kleidchen, wollhaltig, auch gewirkt od. gestrickt (Winterkleidchen), auch gestrickte Spielanzüge	15	-	-	-
Röcke, auch Falten- und Strickröcke	-	6	4	5
Anzüge, 2-teilig, nicht wollhaltig, gewirkt od. gestrickt (Sommeranzüge), je 1 Teil = 6 Punkte	12	-	-	-
Anzüge, 2-teilig, nicht wollhaltig, gewebt, je 1 Teil = 6 bzw. 9 Punkte	-	-	12	18
Kleidchen, nicht wollhaltig, auch gewirkt oder gestrickt (Sommerkleidchen), auch gestrickte Spielanzüge	-	-	7	12
Spiel- und Luftanzüge, gewebt	-	-	8	10
	-	-	3	4

Bewertung der Stoffe

- soweit nicht eine Sonderregelung getroffen ist
- A. Wollene, wollhaltige, naturseidene und naturseidenhaltige Stoffe:
 143 cm Fertigbreite = 16 Punkte,
 je volle 9 cm größere oder geringere Breite = 1 Punkt mehr oder weniger
 - B. Kunstseidene und kunstseidenhaltige Stoffe:
 Bis 51 cm Fertigbreite = 3 Punkte,
 je angefangene 17 cm größere Breite = 1 Punkt mehr.
 - C. Alle übrigen Stoffe:
 80 cm Fertigbreite = 8 Punkte,
 je volle 10 cm größere oder geringere Breite = 1 Punkt mehr oder weniger

Punktwert der Waren

- Spalte I: Punktwert für Waren, die nicht nach II-IV unterschiedlich bewertet sind.
- Spalte II: Punktwert für wollene, wollhaltige, naturseidene und naturseidenhaltige Waren.
- Spalte III: Punktwert für kunstseidene und kunstseidenhaltige Waren.
- Spalte IV: Punktwert für Waren aus allen übrigen Spinnstoffen. Nähnittel werden nur abgezogen gegen gleichzeitige Abtrennung des Nähnittels.

	I	II	III	IV
Wolltuch	20	17	20	
Gamaschenanzüge	24	-	-	-
Gamaschenhosen	11	-	-	-
Schals	-	3	2	2
Handschuhe und Fäustel	1	-	-	-
Hemden, auch Polo- und Charmausehemden und -jacken, Unterhemden und -jacken	-	5	3	5
Nachthemden	-	-	7	11
Schlafanzüge und Schlafsäcke	-	-	11	18
Hemdosen	-	6	3	6
Kinderjackchen, gewirkt oder gestrickt	3	-	-	-
Schlüpfer und Unterziehhöschen	2	-	-	-
Unterkleider, Unterröcke, auch gewirkt oder gestrickt	-	6	3	6
Leibchen (Unterkleidung), auch gewirkt oder gestrickt, Strumphalterhemden	-	3	2	3
Strümpfe jeder Art	2	-	-	-

Bekleidung ebenso wie Nahrungsmittel waren nur auf Marken erhältlich.

Man konnte sich auch wieder unterhalten offen und frei, ohne daß jemand mit dem KZ drohte. Ja, die KZ's. Das es sie gab war bekannt. Daß es dort schlimm sein mußte, hat man geahnt, denn jeder hatte Angst davor, wenn auch nicht jedem das gesamte Ausmaß des Grauens bekannt war.

Dieses Deutschland wollen wir auch heute noch. Deshalb waren wir 1985 beim Ostermarsch dabei, genauso wie wir 1950 in der "Ohne uns"-Bewegung gegen die Remilitarisierung und den Aufbau der Bundeswehr gekämpft haben.



8. Mai 1985 - Tag des Friedens und der Befreiung



1. Mai '85 ★ Für Frieden, Arbeit und soziale Sicherheit



Der diesjährige 1. Mai, der internationale Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse aller Länder, steht bei uns im Zeichen des 40. Jahrestages der Zerschlagung des Hitler-Faschismus. Für die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterbewegung ist dies der Jahrestag der Befreiung. Er ist gleichzeitig Mahnung und Verpflichtung, niemals die Lehren der dunkelsten Zeit unserer Geschichte zu vergessen: In der Einheit liegt unsere Stärke. Gemeinsam können sozialdemokratische, kommunistische, christliche und parteilose Arbeiter und Angestellte erreichen, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht. Gemeinsam können wir diejenigen zügeln, die gestern den Faschismus und heute die volksfeindliche Wendepolitik finanzierten. Gemeinsam und solidarisch gilt es, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und neue Armut zu bekämpfen.

Der untrennbare Zusammenhang von Frieden,

Arbeit und sozialer Sicherheit wird erneut offenkundig. Jede Mark, die in die lebensbedrohende Rüstung fließt, fehlt bei der sozialen Sicherung, der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, der Verbesserung des Lebensstandards der arbeitenden Menschen.

Die DKP ruft alle Kolleginnen und Kollegen auf:

- ★ Macht den 1. Mai 1985 zum Kampftag für Frieden, Arbeit und soziale Sicherheit! Hände weg von Nicaragua! Solidarität mit den Völkern, die um ihre Befreiung kämpfen!
- ★ Macht die Gewerkschaften stark! Beteiligt Euch an den Mai-Demonstrationen und -kundgebungen des DGB! Kommt zu den Mai-Veranstaltungen der DKP!

Es bleibt dabei: Keine Weltraumwaffen! Arbeitsplätze statt Raketen!

DKP



MAIVERANSTALTUNG

mit

Gerd Wollschon

und

(Kabarett)

Klaus Irmscher

(Lieder)

30. April 1900 Uhr

BARMSTEDT

Albert Schweitzer Schule
Heederbrook 10

Eintritt DM 6,— / DM 3,— (Arbeitslose, Schüler, Studenten)

EIN ERNSTES WORT IN ERNSTER STUNDE!

Die Wahl der Gemeindevertretungen, die am 15. September 1946 zum ersten Male wieder seit 13 Jahren stattfindet, ist die unmittelbarste aller Wahlen. Fast alle Wähler kennen die Kandidaten entweder persönlich, oder aus dem politischen, kulturellen oder geschäftlichen Leben. Sie kennen größtenteils Charakter und Eignung der Kandidaten. Darum sind die Gemeindewahlen der sicherste Beweis des wirklichen Willen des Volkes dafür, von wem es vertreten sein will und in welche Hände es seine Interessenvertretung legen will.

Dadurch erwächst aber den politischen Parteien die große Aufgabe, die ungeheure Not des Volkes nicht zu einseitigen parteipolitischen Zwecken auszunutzen, sondern ihre ganze Kraft einzusetzen, um die Gesamtlage der Bevölkerung zu bessern. Dies aber kann nur gelingen, wenn alle demokratischen Parteien in den Grundfragen unseres Lebens zusammengehen, um durch geeinte Kraft den Aufstieg zu ermöglichen. Solche Grundfragen sind:

1. Die vollständige Ausschaltung des nationalsozialistischen Geistes in den entscheidenden Stellen der öffentlichen Verwaltung, in Gemeinde, Kreis und Provinz, in öffentlichen und privaten Betrieben, in allen Zweigen der Wirtschaft.

Alle entscheidenden Positionen müssen mit Gegnern des Nationalsozialismus besetzt werden.

Es ist vollkommen zwecklos, kleine Nationalsozialisten zu entlassen, wenn die großen nicht verschwinden.

Unser heutiges Elend ist zum größten Teil darauf zurückzuführen, da diese Voraussetzung für die Gesundung unserer Verwaltung und unserer Wirtschaft nicht geschaffen wurde.

„Die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen!“ Dies ist heute mit Recht die Ansicht nicht nur der kleinen Nazis, sondern auch der Gegner des Nationalsozialismus.

Viele kleine ehemalige PG's haben durch die Aufklärung und die Kriegsverbrecherprozesse des letzten Jahres erkannt, welchen Irrweg sie gingen. Sie wissen heute, in welcher grausiger Gemeinschaft sie sich befanden und haben den wahren Vernichtungsgeist Hitlers erkannt. Sie alle, die keine Verbrechen begingen, stehen heute bereit, mit aufzubauen, was durch ihre Mitschuld der Welt und dem deutschen Volke zugefügt wurde.

Die Menschen, die ehrlich und aufrichtig bekennen und mutig ihren großen Fehler gestehen, stehen heute bereits in großer Zahl im Kampf gegen die Kräfte der Vernichtung.

Hinweg mit dem Nazigeist aus allen entscheidenden Stellen unseres Lebens, aus allen leitenden, verantwortlichen und einflußreichen Positionen. Ohne diese Voraussetzung kommt das deutsche Volk weder zur Ruhe noch zum Aufbau.

2.

Der Artikel 2 der Ernährungswirtschaft fiel unter die Zensur

3. Deshalb ringt die KPD. zur Sicherung unserer Ernährung um die Durchführung der demokratischen Bodenreform. Wir fordern die entschädigungslose Enteignung aller Großgrundbesitzer mit mehr als 100 Hektar. Dagegen ist aller bäuerlicher Besitz bis 100 Hektar für uns unantastbar. Durch diese Bodenreform wird das Junkertum, welches in anderen Ländern längst der Geschichte angehört, endgültig liquidiert. Durch Aufteilung der großen Güter wird Hunderttausenden von Kleinbauern, Landarbeitern und Umsiedlern eine Existenz gegeben und aller nicht genutzter Boden wird nutzbar gemacht. Mit diesen Neubauern zieht die politische und wirtschaftliche Freiheit in das Dorf ein und die Abhängigkeit von den Junkern ist endgültig vorbei. Diese neuen Bauern im Verein mit den bestehenden, unantastbaren Höfen werden die Garanten unserer Ernährung. Damit wird der Weg freigelegt für das Bündnis zwischen Stadt und Land, denn ohne eine enge Zusammenarbeit des Dorfes mit der Stadt, des Bauern mit dem städtischen Schaffenden gibt es keinen Aufbau.

4. Neben der Ernährungskatastrophe steht das Volk vor einer zweiten katastrophalen Tatsache. Fast keine Wohnungen wurden während dieses Sommers geschaffen. Nicht einmal die Dächer wurden wieder hergestellt. Halbfertige Wohnungen können nicht fertiggestellt werden, weil keine Baustoffe gegeben wurden. Andererseits werden doppelte Fenster und Schönheitsdecken eingebaut. Der alte, festsitzende Putz wird abgestemmt, um neuen Putz anzubringen. An der Straße werden 50 Zentimeter dicke Pfeiler aus neuen Steinen mit Zementputz errichtet. Auch hier fehlen alle Voraussetzungen für einen gerechten, positiven Aufbau. In den größten Notzeiten, wo im Kreis Pinneberg 13 000 Menschen ohne Winterwohnung sind, ist solche Baustofflenkung ein Vergehen an der Bevölkerung.

5. Nicht gelöst ist auch das Brennstoffproblem. Mit aller Kraft erstrebten die kommunistischen Vertreter in Gensinden, Kreis- und Landtag eine gerechte Verteilung aller Brennstoffe und eine Höchstproduktion von Holz und Torf. Ein großer Teil der Bevölkerung wird erfrieren müssen, wenn nicht, wie unsere Vertreter überall verlangen, eine rücksichtslose Beschlagnahme des nicht selbst erarbeiteten Brennstoffes vorgenommen wird und wenn nicht die Verteilung der Brennstoffe erfolgt nach vorheriger genauer Prüfung der vorhandenen Mengen. Mit 8 Zt. Brennmaterial, wie vorgesehen, kann keine Familie durchhalten, denn alle zusätzlichen Quellen sind bereits im letzten Winter versiegt.

6. Diese ungeheure wirtschaftliche Not droht das Volk auch geistig in den Abgrund zu reißen. Besonders bedroht ist unsere Jugend. Sie verfällt in zunehmendem Maße der Unmoral. Die Kommunistische Partei trat sofort nach dem Zusammenbruch der völlig falschen Auffassung entgegen, daß alle Jugendlichen, die 1933 noch schulpflichtig waren, für den

nationalsozialistischen Geist irgendwie verantwortlich gemacht werden können. Diese Jugend hatte keine Möglichkeit, sich ein selbständiges geistiges Urteil über ihre Umwelt zu bilden. Nicht die Jugend ist schuld an ihrem Geist, sondern die Eltern, die Erzieher, die es unterließen, die Kinder über den wahren Geist des Nationalsozialismus aufzuklären und damit dem Nazigeist die Möglichkeit des völligen Enttreibens der Jugend vom Elternhaus gaben.

Heute gilt es, die Jugend vom weiteren Verfall zu retten, in ihr die Ehrfurcht vor dem Leben zu erwecken, ihnen die Seele wiederzugeben und das, was in ihnen verschüttet wurde, aus dem Verborgenen herauszuholen. Mit einem Wort, die verlorene Kindheit, das kindlich freie Spiel, müssen wir der Jugend wiedergeben. Ein großes Stück hat die KPD. hier bereits geschafft. In vielen Orten unseres Kreises und in der Provinz stand diese neue Jugend strahlend auf den Bühnen als ernste Mahner an die noch abseits stehende Jugend und an die Eltern, sich der großen Aufgabe in Deutschlands schwerster Zeit bewußt zu werden. In Spiel, Tanz und Musik wächst hier unsere Zukunft, unsere Jugend heran. Und aus diesem Spiel entsteht der ernste, aber freie Mensch, fähig und bereit, das deutsche Volk aus seinen Tiefen zu heben, es in Frieden zu erhalten und ihm so einer besseren, glücklicheren Zukunft entgegenzuführen.

7. Abseits steht auch die deutsche Frau. Sie trägt die schwerste Last, die Hitler uns hinterlassen. Ob im Haushalt, oder im Betrieb, die Leiden der Frau sind unermesslich. Ihr gilt deshalb unsere ganze Fürsorge. Aber die Frau muß selbst teilnehmen an unserem Geschick, sie darf diese Arbeit nicht den Männern allein überlassen. Es gibt viele Arbeitsgebiete, die von den Frauen bedeutend besser behandelt werden können als von den Männern. Die KPD. ringt deshalb um die Mitarbeit der Frauen. Sie will die Frau freimachen von ihren gesellschaftlichen Fesseln. Was in der östlichen Zone möglich ist, darf auch hier nicht unterbleiben. Gleichen Lohn für gleiche Arbeit, ob Frau oder Mann, ist das erste Anrecht der Frau. Die Frauen müssen das aber bei der Wahl zum Ausdruck bringen, denn sie geben bei allen Wahlen den Ausschlag. Die Frau ist in der Mehrzahl und deshalb der ausschlaggebende Faktor für das Wahlergebnis.

8. In den Abgrund gerissen wurde durch den totalen Zusammenbruch unseres gesamten Wirtschaftslebens auch die gesamte Intelligenz. Auch sie steht vor dem Nichts. Dem neuen Denken in neue Gesellschaftsformen vermag sie sich nicht zu entziehen. Und ohne die deutsche Intelligenz können wir keinen neuen Staat aufbauen. Die Intelligenz begreift heute bereits, daß sie ihre geschichtliche Aufgabe nur erfüllt, wenn sie sich in die Reihen des Fortschritts stellt und ihre überholten Vorstellungen von Staat und Gesellschaft abwirft. Immer klarer lehnt sich die Intelligenz an die positiven Kräfte des Fortschritts an, begreifend, daß sie nicht außerhalb der in der Richtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung wirkenden Kräfte verbleiben darf.

9. Jeder Fortschritt bedingt eine entsprechende Erziehung der Jugend. Deshalb ist eine grundlegende Reform unseres gesamten Schulwesens erforderlich. Aufgabe der Schule muß es sein, die geistigen Kräfte voll zur Entfaltung zu bringen. Dies aber setzt voraus, daß jedem Kinde die Möglichkeit zur Entfaltung der in ihm schlummernden Fähigkeiten gegeben wird. In der Schule darf nicht Stand, Ansehen und Reichtum, sondern einzig und allein die Fähigkeit des Kindes entscheiden. Nicht der Bildungsgrad einer dünnen Oberschicht, sondern der der breiten Masse bestimmt die kulturelle Höhe eines Volkes. Darum darf die Bildung nicht, wie bisher, ein Anrecht der Reichen sein, sondern sie muß Gemeingut des Volkes werden. Nur, wenn den Befähigten die freie Bahn zu Wissen und Bildung offensteht, können diese schöpferischen Kräfte zur He-

bung des Volkwohlstandes, zur friedlichen Arbeit, zur materiellen und geistigen Höchstleistung und zum aufrechten freiheitlichen Denken und Handeln beitragen.

Das öffentliche Bildungswesen kann aber nur eine Staatsangelegenheit sein, nicht aber Sache einer Partei oder der Kirche. Deshalb ist eine reinliche Scheidung zwischen Schule und Religion erforderlich. Das Recht der Eltern, selbst zu bestimmen, in welchem Glauben oder in welcher Weltanschauung sie ihre Kinder erziehen wissen wollen, darf nicht angetastet werden. Auch darf der Streit der Weltanschauungen und Konfessionen nicht in der Schule ausgetragen werden. Deshalb ist die Scheidung zwischen Schule und Kirche eine Grundforderung der Demokratie.

Aber das Volk muß diese Schulreform zu seiner eigenen Sache machen, denn ohne sie ist ein geistiger Neuaufbau unseres Volkes undenkbar. Darum tritt die KPD. mit aller Kraft für die demokratische Schulreform ein.

So entwickelt sich im ständigen, härtesten Kampf gegen die Kräfte des Kriegsgeistes, des Monopolkapitals, des Junkertums und des Nationalsozialismus, zur Verhinderung einer Wiederholung der politischen Entwicklung von 1918, allmählich der positive Begriff der Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes. Und aus ihr heraus entsteht die Krönung unseres Kampfes, die Einheit des deutschen, schaffenden Volkes.

Mit dieser Schicksalsgemeinschaft ist das ganze, wohl schwerste Problem, die Flüchtlingsfrage, entschieden. Das deutsche Volk muß, wenn es überhaupt wieder zur Ruhe und zum inneren Frieden kommen will, seine Eigentumsbegriffe von Grund an ändern. Ausgebombte, Flüchtlinge und Ausgewiesene haben ein Anrecht, innerhalb des deutschen Volkes zu leben und gleichgeachtet und -behandelt zu werden. Es ist für uns Deutsche untragbar, daß mehrere Familien in einer Wohnung wohnen. Das führt auch bei beiderseitigem besten Willen zur seelischen Vernichtung des Volkes. Es geht auch nicht an, daß ein Teil des Volkes alles behält, während der andere Teil alles verloren hat. Hier wird und muß ein Ausgleich geschaffen werden. Es ist unmöglich, daß in dieser für die Verarmten grausigsten Zeit ein Teil der Bevölkerung Wohnungen über drei Zimmer hat und über eine Unzahl von Haushaltgegenständen verfügt, während andere nicht einen Teller besitzen und keine Stelle haben, wo sie schlafen können, von einem Familienleben ganz zu schweigen. Deshalb muß die gesamte, von uns zu tragende Last auf das ganze Volk gelegt werden mit dem Ziel, daß ein größtmöglicher Ausgleich geschaffen wird.

Erst wenn diese Schicksalsgemeinschaft von unserem Volk erfaßt ist, kann man von Befriedung des Volkes sprechen. Hieraus erwächst aber der Wille zur Neugestaltung des Einzelnen, der Familie und des Staates und aus ihm die Kraft zum wirklichen Neuaufbau.

Diese Kraft aber muß ständig wachsen. Ihre Anfänge liegen in dem Zusammenschluß aller aufbauwilligen Kräfte. Die Arbeiter als die am meisten und schwersten leidende Schicht, streben deshalb die Einheit aller Arbeiter, aller schaffenden Menschen der Hand und des Geistes. Aus dieser Einheit aber erwächst die Einheit des deutschen Volkes als Voraussetzung für die völlige Niederrückung aller volksfeindlichen Kräfte und zur Erhaltung eines dauernden Friedens.

Diese Einheit wird geschmiedet im täglichen Kampf, im täglichen Wirken auch in den Gemeinderäten, um die Not des Volkes zu lindern, um seine Lebenslage zu bessern.

Deshalb sollten nur Kandidaten gewählt werden, die für die Einheit der Arbeiter und des deutschen Volkes, für ein Zusammenarbeiten in den Grundfragen unseres Lebens eintreten, denn nur sie bieten die Gewähr für den Aufbau eines fortschrittlichen, friedlichen Deutschlands.

Die KPD ringt um diese Einheit und wer mitarbeitet, diese Einheit zu verwicklichen, gibt den Kandidaten der KPD seine Stimme.

Kommunistische Partei Deutschlands
Kreis Pinneberg

Deutsches Manifest

Aus ernster Sorge um die Wiedervereinigung Deutschlands sind wir überzeugt, daß jetzt die Stunde gekommen ist, Volk und Regierung in feierlicher Form zu entschlossenem Widerstand gegen die sich immer stärker abzeichnenden Tendenzen einer endgültigen Zerreißung unseres Volkes aufzurufen.

Die Antwort auf die deutsche Schicksalsfrage der Gegenwart—ob unser Volk in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden kann oder ob es in dem unnatürlichen Zustand der staatlichen Aufspaltung und einer fortschreitenden menschlichen Entfremdung leben muß—, hängt heute in erster Linie von der Entscheidung über die Pariser Verträge ab.

Die Aufstellung deutscher Streitkräfte in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone muß die Chancen der Wiedervereinigung für unabsehbare Zeit auslöschen und die Spannung zwischen Ost und West verstärken. Eine solche Maßnahme würde die Gewissensnot großer Teile unseres Volkes unerträglich steigern. Das furchtbare Schicksal, daß sich die Geschwister einer Familie in verschiedenen Armeen mit der Waffe in der Hand gegenüberstehen, würde Wirklichkeit werden.

In dieser Stunde muß jede Stimme, die sich frei erheben darf, zu einem unüberhörbaren Warnruf vor dieser Entwicklung werden. Unermeßlich wäre die Verantwortung derer, die die große Gefahr nicht sehen, daß durch die Ratifizierung der Pariser Verträge die Tür zu Viermächteverhandlungen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit zugeschlagen wird.

Wir appellieren an Bundestag und Bundesregierung, alle nur möglichen Anstrengungen zu machen, damit die vier Besatzungsmächte dem Willen unseres Volkes zur Einheit Rechnung tragen.

Die Verständigung über eine Viermächte-Vereinbarung zur Wiedervereinigung muß vor der militärischen Blockbildung den Vorrang haben. Es können und müssen die Bedingungen gefunden werden, die für Deutschland und seine Nachbarn annehmbar sind, um durch Deutschlands Wiedervereinigung das friedliche Zusammenleben der Nationen Europas zu sichern.

Das deutsche Volk hat ein Recht auf seine Wiedervereinigung!

The image shows seven handwritten signatures in black ink, arranged in two rows. The top row contains four signatures, and the bottom row contains three. Each signature is written in a cursive style and is accompanied by a small, faint printed name underneath. The signatures are: 1. Hans-Joachim Lauth, 2. Hans-Joachim Lauth, 3. Hans-Joachim Lauth, 4. Hans-Joachim Lauth, 5. Hans-Joachim Lauth, 6. Hans-Joachim Lauth, 7. Hans-Joachim Lauth.

